

## Dynamisches Gleichgewicht als Ziel der Gewerkschaftspolitik

Auf einer REFA-Tagung wurde angezweifelt, daß die Gewerkschaften außer Lohn-erhöhungen auch Preissenkungen anstreben. Das konnte jedoch ohne weiteres bejaht werden. Denn unser Ziel ist nicht die nominelle Erhöhung der Einkünfte, sondern ihre reale Steigerung, weil nur so die Lebenshaltung verbessert und die Existenz der Arbeitnehmer wirtschaftlich gesichert werden kann. Gerade in Deutschland haben wir ja genug Erfahrungen gesammelt, daß für die Lebenshaltung nicht die zahlenmäßige Lohnhöhe entscheidend ist, sondern ihr Verhältnis zum Preisniveau. Bei unzureichendem wirtschaftspolitischem Einfluß der Gewerkschaften bleibt allerdings die Jagd nach Lohn-erhöhungen der einzige Ausweg, der relative Erfolge verspricht.

Wie entscheidend das Verhältnis der Einkommenshöhe zum Preisniveau ist, wird bei den Arbeitern und Angestellten, die aus dem Arbeitsprozeß ausgeschieden sind, noch deutlicher als bei den Beschäftigten. Da die Renteneinkünfte nur mit langer Verzögerung an steigende Lebenshaltungskosten angeglichen werden, ist für ihre Lebenshaltung ein niedriges Preisniveau ausschlaggebend. Auch den Gewerkschaften ist das nicht gleichgültig, da es sich dabei zum großen Teil um ihre alten Mitglieder handelt; so sind ja bereits in den Anfängen der Gewerkschaftsbewegung Altersunterstützungen ein wichtiges Aufgabengebiet gewesen. Aber auch für die noch im Arbeitsprozeß Stehenden, gleich ob Arbeiter oder Beamter, ergeben sich aus steigenden Preisen Nachteile, da ihre Einkommen ebenfalls nur sehr zögernd und oft erst nach scharfen Auseinandersetzungen den steigenden Preisen angeglichen werden.

*Dynamisches Gleichgewicht der Löhne*

Die Gewerkschaften wollen die Einkommens-Verzerrungen infolge zu niedriger Löhne beseitigen und dann ein dynamisches Gleichgewicht herstellen. Wächst also die Menge der erzeugten Güter, so müssen die realen Lohn- und Gehaltseinkommen in gleichem, ja in verstärktem Maße zunehmen, da dann für das Einzelstück weniger Arbeitszeit und Energie aufgewandt wird. Das ist das jetzt höher gesteckte Ziel der Gewerkschaften, nachdem sie ihre grundlegenden Erfolge bereits hinter sich haben und diese heute als Selbstverständlichkeiten betrachtet werden.

Die Ausbeutung bis zur körperlichen Erschöpfung und die Elendslöhne der frühkapitalistischen Zeit sind durch den organisierten Zusammenschluß der Lohnarbeiter überwunden worden. Das Produktionsmittel-Monopol der Unternehmer ist durch die Arbeit der Gewerkschaften so stark gemildert worden, daß überall, wo sie in einiger Stärke bestehen, die Arbeitsverhältnisse erträglich geworden sind. Das sind Binsenwahrheiten. Man muß sie leider aber immer wieder aussprechen, da eine verlogene Propaganda gegen gute Bezahlung diese Notwehr der arbeitenden Menschen in ein verderbliches Machtstreben umzulügen versucht. Die Statistik der Einkommensgruppen zeigt, daß die Einkommensunterschiede immer noch so kraß sind, daß von einem Lohnoptimum bei uns noch nicht gesprochen werden kann.

Die Gewerkschaften stehen heute vor der Frage, welche Umstände für ihre weitere Lohnpolitik (im Grundsätzlichen) den Ausschlag zu geben haben. Soll die Lebenshaltung steigen, dann muß das Sozialprodukt wachsen. Das geschieht auf Seiten der Arbeit durch den Einsatz von mehr Händen und Köpfen und durch deren bessere Ausbildung, also durch erhöhte Leistungsfähigkeit. Auf Seiten des Kapitals und der Unternehmensleitung geschieht das gleiche durch Aufstellung neuer, leistungsfähigerer Maschinen und durch Rationalisierung, also bessere Gestaltung des Arbeits- und Materialflusses.

Wachsende Produktivkräfte müssen aber in einem größeren Verbrauch ihren Ausgleich finden, wenn die wirtschaftliche Entwicklung ohne wesentliche Störungen vor sich gehen soll. Wachsender Verbrauch hängt aber entscheidend von steigenden Real-löhnen ab. Es wäre falsch, hier bloß von steigenden Realeinkommen zu sprechen. Denn die Verteilung dieser Einkommen ist ausschlaggebend für die wirtschaftliche Entwicklung. Die höheren Unternehmereinkommen werden zu einem erheblichen Teil in neuen Produktionsmitteln investiert. Das ist auf die Dauer aber nur in *dem* Maße möglich, in dem der Verbrauch der mit diesen vermehrten Produktionsmitteln erzeugten Güter ebenfalls wächst. Der Verbrauch wird aber in seiner Masse von den Arbeitseinkommen, den kleinen und mittleren Gehältern und Löhnen, getragen. Eine stetige Wirtschaftsentwicklung bedingt daher, daß nicht nur die gesamten Einkommen in annähernd gleichem Tempo mitwachsen, sondern daß die Verbrauchseinkommen schneller zunehmen.

Nur auf diese Weise können wir eine stetige Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft erwarten. Nur so wird auch die Kostenbasis der Erzeugung so günstig, daß wir unsere Ausfuhr in dem Maße steigern können, wie der Mehrbedarf an Einfuhren wächst. Kleine Schwankungen werden dabei nicht ausbleiben. Die Entwicklung von Erzeugung und Verbrauch darf aber nie so weit auseinanderklaffen, daß es zu wirtschaftlichen Stokungen oder gar zu Rückschlägen kommt.

Das ist aber nur zu vermeiden, wenn der Dynamik der Erzeugungssteigerung eine gleiche Dynamik der Verbrauchsausweitung entspricht. Um beim Beispiel der augenblicklich als Schlagwort geforderten Produktivitätssteigerung zu bleiben: Diese Produktivitätssteigerung muß sich in Preissenkungen und Lohnerhöhungen auswirken. Nur so kann gleichzeitig der Absatz derart gesteigert werden, daß die erhöhte Erzeugung abgesetzt werden kann. Nur so ist es auch möglich, genügend neue Arbeitsplätze zu schaffen, die den eingesparten Arbeitskräften weitere Existenzmöglichkeiten bieten. Dabei kommt erfahrungsgemäß auch der Unternehmer auf seine Rechnung.

Wachsende Produktion bedingt also steigende Reallöhne und -gehälter. Am gesunden ist die Entwicklung, wenn die Preise sinken und dadurch der reale Wert der Arbeitseinkommen erhöht wird. Das ist aber nur unter dem Druck wachsender Konkurrenz zu erwarten. Die Praxis zeigt jedoch, daß alle privatwirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Bemühungen der Unternehmer gerade dahin gehen, dieses Wachsen der Konkurrenz zu verhindern und einzuschränken. Deshalb wird der Kampf um höhere Löhne vorerst immer ein Bestandteil dieser volkswirtschaftlich notwendigen Verbrauchsausweitung sein. Der Lohnanteil schwankt von Produktionszweig zu Produktionszweig und läßt sich nicht eindeutig festlegen.

Wie befruchtend Reallohnsteigerungen für die wirtschaftliche Entwicklung sind, beweisen uns die USA. Die Wirtschaftspolitik *Roosevelts* und *Trumans* hat sie ganz bewußt herbeigeführt, damit die Krise besiegt und in gegenseitiger Wechselwirkung den Lebensstandard des Nordamerikaners auf das Dreifache des europäischen gesteigert — ohne dabei den kapitalistischen Charakter des Wirtschaftssystems ernsthaft zu stören. Preissenkungen haben dabei eine gleiche Rolle gespielt wie Lohnerhöhungen; die Gewinne von Industrie, Handel und Gewerbe sind aber trotzdem gewachsen.

Das sind die Gedankengänge, die die Gewerkschaften veranlaßt haben, über ihre früher rein lohn- und sozialpolitischen Zielsetzungen hinaus sich in die Wirtschaftspolitik einzuschalten. Sie gehen dabei aus von der arbeitsteiligen Marktproduktion, als deren Ziel sie allerdings nicht die Erzeugung von Profit, sondern die möglichst hohe Bedarfsdeckung jedes Menschen bei freier Konsumwahl ansehen. Deshalb legen sie entscheidendes Gewicht auf die gerechte Verteilung der Produktion und des Produktionszuwachses. Denn — abgesehen von dem ethischen Postulat, das in dieser Forderung enthalten ist — verbürgt nur eine solch dynamische Entwicklung des Verbrauchs die ungestörte dynamische Entwicklung der Wirtschaft überhaupt. Unter diesen Gesichtspunkten können die Gewerkschaften aber mit der derzeitigen Wirtschaftsentwicklung in der westdeutschen Bundesrepublik nicht zufrieden sein.

#### *Das „deutsche Wirtschaftswunder“*

Die bisherigen Erfolge der Erhardschen Wirtschaftspolitik sind einer solchen Ausweitung der Wirtschaftsentwicklung zu danken, für die aber als Motor ausschließlich die Gewinnsucht eingesetzt wurde, abgesehen davon, daß auch sachliche Umstände dabei eine große Rolle spielten. Selbst der unverdrossene und aufopfernde Arbeitswille aller deutschen Berufstätigen hätte wenig Erfolg erzielen können, wenn uns nicht der Marshallplan die notwendige Sachhilfe geleistet hätte. Die Korea-Konjunktur kam im Zeitpunkt einer drohenden Stagnation zu Hilfe. Schon vor der Korea-Konjunktur wurde der soziale Wohnungsbau als planwirtschaftliches Stützelement verwirklicht, das der Konjunktur in all den Jahren seither einen soliden Rückhalt gab. Eine ganze Reihe weiterer planwirtschaftlicher Korsettstangen, wie jetzt wieder die „Kleine Steuerreform“, haben den Aufwärts-Trend bisher aufrechterhalten, wenn auch mit nachlassender Intensität. Diese Mischung markt- und lenkungswirtschaftlicher Elemente ist alles andere als „freie Marktwirtschaft“, ein Begriff, der nur zur propagandistischen Vernebelung dient. Gelenkt wird auch in der Erhardschen Wirtschaftspolitik; es fragt sich nur zu wessen Gunsten.

Für den Begriff der „sozialen Marktwirtschaft“ gilt das gleiche wie für den der „freien“. Denn bei aller Ausweitung der Wirtschaftstätigkeit und der Verbrauchsmöglichkeiten ergab sich doch eine scharfe Abstufung zwischen Produktionsmittel-Besitzern oder -Verfügungsberechtigten und Arbeitnehmern. Die „phantastischen Facharbeiter-Verdienste“ sind eine propagandistische Übertreibung und spielen mit noch nicht 10 vH aller Lohninkommensbezieher nur eine bescheidene Rolle. Dieses Auseinanderklaffen von

Massen-Einkommen und Unternehmer-Einkommen ist die Achillesferse der Erhardschen Marktwirtschaft. Die Gefahr; daß als Folge des Auseinanderklaffens von Investitionen und Massenverbrauch der Absatz und damit die ganze Wirtschaftstätigkeit stocken kann, hat zugenommen. Die gewachsenen privaten Machtpositionen, vor allem in der Industrie, als kollektive Machtpositionen aber auch in Landwirtschaft und Bankwesen, verstärken die Schäden einer Wirtschaftspolitik, die nur auf kurze Sicht und an privaten Profitinteressen orientiert entscheidet.

Kennzeichnend für die Grenzen dieser Wirtschaftspolitik ist das Programm zur Steigerung der Produktivität in Mittel- und Kleinbetrieben, für das aus amerikanischen MSA-Mitteln rund 100 Millionen D-Mark zur Verfügung gestellt wurden. Aus deutschen Mitteln sollte diese Summe verdoppelt werden. Dies Programm, ist bisher nicht verwirklicht worden. Denn die Unternehmer und Unternehmer-Verbände weigern sich, den Gewerkschaften als berufenen Vertretern der Belegschaften feste Zusicherungen zu geben, in welchem Verhältnis Verbraucher und Arbeitnehmer an den Produktivitätsgewinnen teilhaben sollen. Das macht es natürlich notwendig, den jetzigen Kostenaufbau offenzulegen, um einen festen Ausgangspunkt zu gewinnen.

Welche Möglichkeiten hier vorhanden sind, zeigt ein Textilbetrieb (Futterstoffe), der im Einvernehmen mit der Gewerkschaft die Zahl der von einem Mann zu bedienenden Webautomaten erheblich erhöht hat, dafür die höchsten Textillöhne (bis zu 3 D-Mark Stundenverdienst) bezahlt und trotzdem 10 bis 20 vH billiger liefert als seine Konkurrenten.

Kurzfristige private Profitinteressen bremsen also die Möglichkeit einer beim Produktivitäts-Programm sogar schon finanziell unterbauten Produktionsausweitung und -verbilligung. Gleiche klassenpolitische Gesichtspunkte haben in Westdeutschland bisher eine planmäßige Vollbeschäftigungspolitik verhindert. Flüchtlingskredite, Wiederaufbau-Darlehen, Hilfsgelder für die Notstandsgebiete, Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen sind bisher nach rein individuellen, bestenfalls kommunalen Gesichtspunkten eingesetzt worden. Ihr Nutzeffekt ist deshalb vielfach verpufft.

Was an Planung in der heutigen offiziellen Wirtschaftspolitik erfolgt, dient in der Hauptsache berufsständischen Interessen einzelner Wirtschaftszweige, nur in wenigen Fällen der Aufrechterhaltung und Sicherung von Konjunktur und Beschäftigung. Auch das Sozialprogramm der Unternehmer fordert wohl eindeutig einen Lohnstop, vermeidet aber jede bindende Verpflichtung zu Preisermäßigungen.

Solange die „Grenzmoral“ (*Prof. Hans Bayer*, Innsbruck, und *Prof. Schöllgen*, Bonn), in einer „freien“ Marktwirtschaft der bestimmende Wirtschaftsfaktor bleibt, wird ihr Klima und ihr Geschehen nicht von den sozial empfindenden und anständigen Unternehmern bestimmt, sondern von denjenigen, die es verstehen, sich immer noch gerade außerhalb des Strafgesetzbuches oder des Wirtschafts-Strafgesetzes zu halten. Im Verhältnis Arbeitgeber—Arbeitnehmer haben die Gewerkschaften diese Grenzmoral erheblich eingeschränkt. Durch Tarifverträge und Arbeitsgerichte wurden Schranken errichtet, die zumindest den organisierten Arbeiter und Angestellten gegen diese Grenzmoral sichern. Im allgemeinen wirtschaftlichen Feld, besonders im Verhältnis Erzeuger-Verbraucher ist es aber noch kaum gelungen, diese Grenzmoral einzuschränken.

#### *Vorbedingungen einer dynamischen Entwicklung*

Dieser „Saustall-Koeffizient“<sup>1)</sup> — wie in anderem Zusammenhang dies bestimmende Gewicht der schlechten Betriebe einmal von einem Unternehmer selbst genannt worden ist — zwingt die Gewerkschaften zu ganz bestimmten wirtschaftspolitischen Forderungen als Voraussetzung fruchtbarer Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern.

1) Vergl. Kurt Pentzlin: „Auch heute noch stabile Löhne?“, in „Gewerkschaftliche Monatshefte“, Oktober 1950, Seite 449.

Der Wiederaufbau der zerstörten und desorganisierten Betriebe und Verwaltungen nach dem politischen und militärischen Zusammenbruch wurde nur durch die freiwillige und aufopfernde Arbeit der Arbeiter, Angestellten und Beamten so erfolgreich und umfassend geschafft. Auch jede nachhaltige und erfolgreiche Produktivitätssteigerung über den heutigen Stand hinaus hängt davon ab, ob die Arbeitnehmer dabei von sich aus mitgehen. Das können sie aber nur, wenn ihnen von vornherein ein angemessener Anteil an den Erträgen dieser vermehrten Produktion zugesichert ist; dabei sind für sie Preissenkungen ausschlaggebender als Lohnvorteile, die sich eher in gesenkter Arbeitszeit als in eigentlichen Lohnerhöhungen verwirklichen werden. Sie halten Preissenkungen für den sichersten Weg, ihre Arbeitsmöglichkeiten zu erhalten und so zu steigern, daß durch die unumgängliche Rationalisierung keine zusätzliche Arbeitslosigkeit entsteht und außerdem alle Arbeitslosen wieder in Beschäftigung kommen.

Wie aber bekommen die Arbeitnehmer die Gewißheit, daß sie an den Vorteilen der Produktionssteigerung teilhaben werden? Nur dadurch, daß in die Tarifabmachungen mit den Gewerkschaften als Vertretungen der Arbeitnehmer feste Zusicherungen aufgenommen werden, wie die Gewinne zu verteilen sind, die bei jeder Produktivitätssteigerung erzielt werden. Dabei muß auch festgelegt werden, wie der heutige und der erhoffte Status zu ermitteln ist. Ohne innerbetriebliche Mitbestimmung über die zu geringen, vom Betriebsverfassungsgesetz zugestandenen Rechte hinaus kommt aber kein echtes Vertrauensverhältnis zustande.

Das gleiche gilt für die Gestaltung des wirtschaftspolitischen Einflusses außerhalb der Parlamente. Heute wird er ausgeübt durch ein unkontrolliertes und unkontrollierbares Wirken hinter den Kulissen, bei dem Geld und persönliche Einflüsse eine Rolle spielen und dessen Umfang die großen Verbandsapparate in Bonn ahnen lassen (während der DGB dort ein Büro von insgesamt zwei Köpfen unterhält). An Stelle dieser unkontrollierbaren Einflüsse soll nach dem Vorschlag des DGB der Bundeswirtschaftsrat mit seinem Unterbau von Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Landwirtschafts- und Fachkammern treten. In all diesen Einrichtungen sollen die Arbeitnehmer in angemessener Stärke vertreten sein, um an der gutachtlichen und beratenden Arbeit teilzunehmen und bereits in diesen Gremien nach Möglichkeit eine Übereinstimmung über die Maßnahmen zu erzielen, die den Parlamenten zur endgültigen Beratung und Beschlußfassung vorgeschlagen werden. Für die Parlamentsarbeit kann es nur dienlich sein, wenn sie vom unmittelbaren wirtschaftlichen Interessenstreit befreit wird. Auf diesem Weg glauben die Gewerkschaften *den* wirtschaftspolitischen Einfluß ausüben zu können, der notwendig ist, um die Vollbeschäftigung, das andere große Ziel der Gewerkschaften, zu verwirklichen. Vollbeschäftigung ist aber ebenfalls eine Vorbedingung dafür, daß die Wirtschaftsentwicklung ohne schwere Stockungen und Rückschläge vor sich geht — ganz abgesehen von der politischen Gefahr, die jede größere Arbeitslosigkeit im Grenzbereich des sowjetischen Systems darstellt.

Die aktuellen wirtschaftspolitischen Forderungen des DGB und der Gewerkschaften sollen den Arbeitern, Angestellten und Beamten das Vertrauen geben, daß ihre berechtigten Interessen künftig in gleichem Maße beachtet werden wie die der anderen Wirtschaftspartner. In der öffentlichen Diskussion gewöhnt man sich allmählich daran, unter dem Begriff „die Wirtschaft“ nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter, Angestellten und Beamten zu verstehen, ohne deren Hand- und Kopfarbeit der Wirtschaftsapparat eine tote Hülle bliebe. Die Arbeitnehmerschaft selbst ist es gewohnt — wie das die Geschichte der Gewerkschaftsbewegungen zeigt —, untereinander weitgehende Solidarität zu üben. Auf diesem Fundament läßt sich die Wirtschaftsausweitung der vergangenen Jahre fruchtbar und erfolgreich fortsetzen und das Wort wahr machen, das vorerst nur ein Ausstellungs-Schlagwort ist und ohne solche Gleichberechtigung und Einbeziehung der Arbeitnehmer ein Schlagwort bleiben würde: *Alle* sollen besser leben!